

# Fraktion

im Ortsbeirat Gießen-Allendorf

---

## Vorlage an den Ortsbeirat Gießen-Allendorf

Vorlagennummer: **OBR/1684/2008**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 09.05.2008

Amt: Geschäftsstelle Ortsbeiräte  
Aktenzeichen/Telefon:  
Verfasser/-in: Hans Wagner, Fraktionsvorsitzender

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ortsbeirat Allendorf	20.05.2008	Entscheidung

### Betreff:

**Grundsatzklärung zu erneuerbaren Energien in der Gemarkung Allendorf/Lahn  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008 -**

### Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn steht einer Umstellung der Energiegewinnung mit der Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien grundsätzlich positiv gegenüber, hält aber den Standort der ehemaligen Kreisabfalldeponie Allendorf/Lahn für die Schaffung von Energiegewinnungsanlagen für erneuerbare Energien für nicht geeignet. Die weitere Ausgasung bzw. die Verwendung des Deponiegases (Verstromung vor Ort mittels Generator) wird ausdrücklich unterstützt.

Der Ortsbeirat bittet aber den Magistrat zu prüfen, inwieweit an öffentlichen Gebäuden der Stadt Gießen (Grundschulgebäude, Kindergarten) oder seiner Gesellschaften (Mehrzweckhalle) Solaranlagen - evtl. Bürgersolaranlagen - installiert werden können. Auch kann sich der Ortsbeirat vorstellen, dass im nördlichen Gemarkungsteil (im Lahnfeld bei der Bundesstraßen- und Eisenbahntrasse) Windkraftanlagen errichtet werden.

### Begründung:

Der Umdenkungsprozess „Weg von fossilen Brennstoffen – hin zu erneuerbaren Energien“ wird vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung ausdrücklich unterstützt. Da in den Kreisgremien derzeit über die Errichtung von Anlagen für erneuerbare Energien auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie in Gießen-Allendorf/Lahn diskutiert wird, muss festgestellt werden, dass diese Fläche unseres Erachtens ungeeignet ist,

1. für Windkraftanlagen, weil der Untergrund des Deponiekörpers noch Setzungen ausgesetzt ist und damit die Standsicherheit fehlt, und
2. für großflächige Solaranlagen, weil die Südseite des Deponiekörpers (und nur die würde sich aus wirtschaftlichen Gründen lohnen) wegen des Geländeanstieges nicht allzu groß ist und zudem durch die fehlende soziale Kontrolle diese empfindlichen Anlagen der Gefahr einer möglichen Zerstörung durch Steinwurf ausgesetzt wären.

Hinzu kommt, dass diese Anlagen im Konflikt mit den Wünschen des Ortsbeirates zur Rekultivierung, die in den Auflagen des Regierungspräsidiums Berücksichtigung fanden, stehen könnten. Die weitere Ausgasung des Deponiekörpers und die „Verstromung des Deponiegases“ wird hingegen befürwortet. Es macht vielmehr Sinn, die großen Dachflächen der städtischen Gebäude (Schule, Kindergarten, Mehrzweckhalle) mit Solaranlagen zu versehen. Deshalb soll der Magistrat prüfen lassen, ob eine Installation von Solaranlagen dort möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Gez.

Hans Wagner  
Fraktionsvorsitzender